



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Ministerpräsident Haseloff begrüßt Verzicht des Prinzen von Preußen auf Ansprüche nach EALG

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff nimmt die Entscheidung von Georg Friedrich Prinz von Preußen, auf Ansprüche gemäß Entschädigungs- Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) zu verzichten, anerkennend zur Kenntnis. „Mit diesem Schritt macht der Chef des Hauses Hohenzollern den Weg frei für eine unbelastete Debatte über die Geschichte seiner Familie,“ sagte Haseloff.

„Dieser Entschluss entspricht auch der Intention eines Gespräches im Dezember 2021, das ich mit Georg Friedrich Prinz von Preußen geführt habe“, erklärte der Ministerpräsident, der vorab von der Entscheidung persönlich informiert worden ist.

Von den Ansprüchen der Hohenzollern war auch Sachsen-Anhalt in Teilen der ehemals Preußischen Provinz Sachsen betroffen.

Impressum:
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667
Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de